

29. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Mai 1960

110/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M i t t e r e r , M a c h u n z e und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,
betreffend die Verhaftung des Kaufmannes Otto Bukovsky in Jugoslawien.

-.-.-.-.-

Herr Otto Bukovsky, persönlich haftender Gesellschafter der protokollierten Firma "Otto Bukovsky & Co., KG", Wien IX., Garelligasne 3, reiste am 24. Juli 1959 nach Zagreb, wurde dortselbst von zwei Beamten am 29. Juli 1959 aufgefordert, nach Banja Luka zu fahren, und dort verhaftet. Am 9.1.1960 wurde er nach Sarajewo gebracht und nach 35tägiger Geheimverhandlung am 23.3.1960 ohne Zustellung einer Anklageschrift zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen das bis heute nicht zugestellte Urteil wurde von Bukovsky Berufung angemeldet, die aber mangels einer Urteilsausfertigung nicht ausgeführt werden kann, während die Revision des Staatsanwaltes wegen zu geringer Bestrafung dieser Tage eingebracht wurde.

Dem Verfahren liegt nachstehender Sachverhalt zugrunde: Seit 12 Jahren bereiste Bukovsky als Export- und Importkaufmann Jugoslawien und lieferte dorthin Elektroporzellane und elektrotechnische Artikel, Eisen- und Stahlwaren, wie Kessel, Schiffsbleche, sowie verschiedene Chemikalien.

Zu diesem Zweck nahm er direkte Verbindung mit den bestellenden Firmen auf, darunter auch der "Rudi Cajavec", einer Fabrik in Banja Luka, an welche jahrelang Metalle und Drähte verschiedenster Sorten geliefert wurden. Da die mündlichen und schriftlichen Bestellungen von den jugoslawischen Fabriken und insbesondere der "Rudi Cajavec" nur unter in Österreich unbekannten Bestellnummern erfolgten, waren ständige Rückfragen betreffend Art und Qualität mündlich wie schriftlich erforderlich und wurden diese Auskünfte von verschiedenen mitverurteilten jugoslawischen Beamten und Angestellten ebenfalls schriftlich und mündlich erteilt. Dies wurde nunmehr als "Wirtschaftsspionage" angeklagt.

Weiters erklärte der Einkäufer der "Rudi Cajavec", ein gewisser Bucin, im Prozesse, Bukovsky habe ihn verleiten wollen, für den sowjetrussischen Nachrichtendienst zu arbeiten, was völlig aus der Luft gegriffen ist, da Bukovsky keinerlei Verbindungen zu den Sowjets besass oder besitzt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, bei der jugoslawischen Regierung vorstellig zu werden, um die Enthaftung des Otto Bukovsky zu erreichen?

-.-.-.-.-